

Kai Friedrich Schade und die epd-Entwicklungspolitik

- zur Einführung

Bernhard Gißibl

Kai Friedrich Schade war ein Pionier der entwicklungspolitischen Publizistik in der Bundesrepublik. Die von ihm über Jahrzehnte weg unter dem Dach des Evangelischen Pressedienstes (epd) verantwortete Publikation mit dem schlichten, aber programmatischen Titel *Entwicklungspolitik* förderte einen kritischen, vielstimmigen Diskurs über das Verhältnis der eigenen Gesellschaft zu jenen Gesellschaften, die man damals als „Dritte Welt“ bezeichnete und heute häufig unter dem Begriff des „globalen Südens“ zusammenfasst. Damit war die *Entwicklungspolitik* ein wesentliches Instrument der entwicklungspolitischen Kosmopolitisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Kai Friedrich Schade wurde 1940 in Heide in Holstein geboren. Nach dem Abitur 1960 am Frankfurter Leibniz-Gymnasium studierte er Volkswirtschaft und Gesellschaftslehre an der dortigen Goethe-Universität. 1966 schloss er sein Studium mit dem Diplom in den Sozialwissenschaften Ökonomie und Soziologie ab. Zwischen 1966 und 1968 wurde er zwei Jahre als wissenschaftlicher Redakteur bei der Zeitschrift *Offene Welt* in Frankfurt journalistisch ausgebildet. Danach wechselte er nach einer dreimonatigen Zwischenstation an der Universität Heidelberg in die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Bonn. Dort, im BMZ, war er unmittelbar an jenen Reformen beteiligt, die „Entwicklung“ in der Bundesrepublik überhaupt erst als eigenständiges Politikfeld zwischen Außen- und Wirtschaftspolitik etablierten. Schon kurz nach Aufnahme seiner Tätigkeit in Bonn schloss Schade sich der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung an, in deren Rahmen er mit mehreren Positionspapieren das Verständnis von Entwicklungspolitik als internationaler Friedenspolitik vorantrieb. Die

Impulse aus diesem Arbeitskreis führten unter anderem zur Etablierung der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung im Oktober 1970. Ins Zentrum seiner Tätigkeit im BMZ rückte ressortbedingt das Problem entwicklungspolitischer Bewusstseinsbildung, in all ihren Facetten – als Form ministerieller Öffentlichkeitsarbeit, vor allem aber als pädagogische Aufgabe in Schulen, als gesellschaftliche Aufklärung und als öffentlicher, kritischer und partizipatorischer Diskurs über Voraussetzungen, Formen und Ziele der Entwicklungspolitik.

In seinen zwei Jahren im Ministerium setzte Schade jede Menge Hebel in Bewegung. So initiierte er beispielsweise die erste kritische Analyse der Darstellung von Entwicklungsländern in Schulbüchern und anderen Lehrmitteln durch das Frankfurter Institut für Sozialforschung - mit einem, wie es Schade in einer zusammenfassenden Auswertung formulierte, „fast katastrophalen Ergebnis“. In einem Beitrag in der ZEIT vom November 1970 schrieb er von „Opas Lesebüchern“, aus denen Schulkinder ihr Wissen über die Dritte Welt bezogen: Der Kolonialismus wurde präsentiert als quasi-natürliche Herrschaftsbeziehung, die Schulbücher waren durchsetzt mit Stereotypen von „Natur-“ und „Kulturvölkern. Es dominierte ein selbstverständlich eurozentrischer Blick auf die Welt, Strukturanalysen des Verhältnisses zwischen „Metropolen“ und „Kolonien“ fehlten völlig. Zur Abhilfe dieses Missstands rief er unter anderem eine neue BMZ-Schriftenreihe mit dem Titel „Schule und Dritte Welt“ ins Leben. Schließlich war Schade Mitglied eines Abteilungen übergreifenden und bisher wenig bekannten Diskussionszirkels reformorientierter, junger Mitarbeiter im BMZ, dem sogenannten Montagskreis. Affinitäten zu Positionen der außerparlamentarischen Opposition waren unverkennbar, und so war es denn auch eine der selbst gestellten Aufgaben dieses Montagskreises, die öffentliche Kritik der Studentenbewegung an der weitgehend nach außen- und deutschlandpolitischen Gesichtspunkten praktizierten Entwicklungshilfe systematisch zu erfassen und für die von Minister Erhard Eppler geplante Reformpolitik fruchtbar zu machen. Im jüngsten Ministerium hatte man durchaus erkannt, dass die Auseinandersetzung der Studentenbewegung mit der Dritten Welt einen kritischen inhaltlichen Impetus darstellte. Sie versprach ein demokratisches Potenzial für

Entwicklungspolitik als dem erhofften Politikfeld der Zukunft, getragen vom politischen Engagement der jungen Generation. In diesem Zusammenhang hatte Schade noch von Erhard Epplers Amtsvorgänger Hans-Jürgen Wischniewski den vertraulichen Auftrag erhalten, den Dialog mit der Außerparlamentarischen Opposition zu suchen. Bereits diese Verbindung eines BMZ-Mitarbeiters zu Vertretern der APO reichte aus, um Schade in das Blickfeld des Verfassungsschutzes zu rücken. Der Inlandsgeheimdienst forderte beim zuständigen Minister sogleich die Ablösung des fraglichen Mitarbeiters. Und so kam es dazu – Erhard Eppler geht in seinem Grußwort kurz darauf ein – dass seine erste Amtshandlung als Minister im Oktober 1968 darin bestand, Kai Schade aus den Fängen des Verfassungsschutzes zu retten. Diese für das politisch polarisierte Klima der Zeit sehr bezeichnende Episode ist auch in Erhard Epplers 2015 erschienenen Memoiren nachzulesen.

Bereits in einem im Herbst 1968 erschienenen Aufsatz über Entwicklungspolitik und öffentliche Meinung formulierte Schade als zentrales Ziel der zukünftigen Informationsarbeit des BMZ, „eine wirkliche Diskussion um die Konzeption der Entwicklungshilfe, um ihre Motive und ihre Strategie zu entfachen“. Zwei Jahre später bot sich dann die Möglichkeit, dieses Ziel jenseits des BMZ in die Praxis umzusetzen. Der in Frankfurt ansässige evangelische Pressedienst epd suchte einen verantwortlichen Redakteur für einen neuen entwicklungspolitischen Informationsdienst. Schade nahm diese Herausforderung an, zunächst durchaus vorläufig: In einem Schreiben Anfang November 1970 bezeichnete er sich noch als „zur Zeit beurlaubt für entwicklungspolitische Aufgaben innerhalb der Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes, Frankfurt“.

Daran sollte sich in den nächsten mehr als drei Jahrzehnten nichts mehr ändern. Der Informationsdienst „Entwicklungspolitik“ wurde zu seinem Lebenswerk, für das er insgesamt vier Mal – 1976, 1990, 2000, und 2004 – mit dem Journalistenpreis Entwicklungspolitik ausgezeichnet wurde. Seine Laufbahn als Redakteur endete 2004 mit einem auch persönlich verstandenen Erfolg. Nach langen Jahren und vielfältigen Konflikten war es maßgeblich durch sein Betreiben gelungen, die EP aus ihrer

komplizierten strukturellen Einbindung in verschiedene kirchliche Gremien und Institutionen herauszulösen. Ab 2004 erschien die Publikation unter dem geänderten Titel „Zeitschrift Entwicklungspolitik“ unter der Herausgeberschaft eines ökumenisch breit aufgestellten Konsortiums deutscher und schweizerischer Entwicklungsorganisationen. Sie fusionierte nach einer weiteren Namensänderung mit der Quartalschrift *Der Überblick* und erscheint seit 2008 unter dem Namen *Welt-Sichten*.

Vor zwei Jahren am 14. November 2013 verstarb Kai Schade nach kurzer, schwerer Krankheit. Sein plötzlicher Tod jährte sich am vergangenen Samstag zum zweiten Mal; im Juni 2015 wäre er 75 Jahre alt geworden. Diese beiden Gedenktage haben wir zum Anlass genommen, Kai Schade mit einem Symposium zu würdigen und dabei gleichzeitig historische Perspektiven auf sein Lebenswerk zu entwickeln. Wie ist die „epd-Entwicklungspolitik“ in die publizistische Landschaft der Bundesrepublik, aber auch darüber hinaus im deutschsprachigen Raum einzuordnen? Wie positionierte sich der Informationsdienst im Spannungsfeld von kirchlicher Entwicklungshilfe, staatlicher Entwicklungspolitik, wissenschaftlicher Entwicklungsdiskussion, gesellschaftlichem Aufbruch der Dritte-Welt-Bewegung und internationaler Ökumene? Wer waren eigentlich die Kritiker, wer die Befürworter, wer die Leserinnen und Leser der Zeitschrift? Und was bedeuteten die Ansprüche auf entwicklungspolitische „Bewusstseinsbildung“, auf „wirklichen, bürgergesellschaftlichen Diskurs“ und auf eine Publizistik der Stellvertretung für die Stimmlosen der Welt konkret in der publizistischen Praxis?

Zur Diskussion dieser und weiterer Fragen haben wir Freunde, Weggefährten, Kolleginnen und Kollegen Kai Schades eingeladen, um sie als Zeitzeugen der entwicklungspolitischen Publizistik ins Gespräch zu bringen mit Historikerinnen und Historikern, aus unserem Institut, aber auch darüber hinaus. Gleichzeitig soll dieses Symposium auch einen ersten Markstein setzen im Hinblick auf die Erschließung des Nachlasses von Kai Schade am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz. Im Frühjahr 2014 hat das Institut neben circa 50 Titeln aus Kai Schades entwicklungspolitischer Bibliothek auch eine komplette Ausgabe des Informationsdienstes von 1970 bis 2004 in die Institutsbibliothek integriert. Dort ist er sichtbar als Geschenk von Kai Schade gekennzeichnet. Weiterhin hat

das Institut 25 Ordner und diverse Kisten mit Schriftgut von Kai Schade aus den Jahren 1962 bis 2013 übernommen. Über ein Drittel davon enthält eigene Publikationen; der Inhalt der anderen Ordner setzt sich zusammen aus Denkschriften und Diskussionsvorlagen, vereinzelter Korrespondenz mit Autoren, Unterlagen zu den wiederholt durchgeführten Evaluationen der Zeitschrift sowie umfangreichem Schriftwechsel im Umfeld der Finanzierungskrise der EP im Herbst 1980. Ebenso dokumentiert sind Preisverleihungen, Jubiläen der Zeitschrift und einzelne Veranstaltungen.

Dieser Nachlass ist substantiell, aber nicht lückenlos. Ähnlich wichtig wie die Dokumente aus der Feder und den Beständen Kai Schades sind daher das Wissen und die Erinnerung seiner Zeitgenossen, von Freunden und Unterstützern ebenso wie von Kritikern. Angesichts ihres Deutungsanspruchs und der ihnen gesellschaftlich zugesprochenen Deutungskompetenz spricht ein in der zeitgeschichtlichen Forschung gerne bemühtes Bonmot vom Zeitzeugen gerne als dem „Feind des Historikers“. Dieses Diktum ist so eingängig wie falsch, denn es suggeriert ein fragwürdiges, weil grundsätzlich antagonistisches Verständnis der unterschiedlichen Rollen von Historikerinnen und Historikern einerseits und Zeitzeugen andererseits. Wenn überhaupt, dann müsste vom Zeitzeugen als „Feind und Helfer“ die Rede sein. Zudem verkennt die vereinfachende Gegenüberstellung von HistorikerInnen und Zeitzeugen die Vielfalt der Sprecherpositionen der Zeitzeugen selbst. Deren Deutungen können schließlich auch untereinander in Konkurrenz stehen. Dieser Vielfalt versuchten wir im Symposium dadurch Rechnung zu tragen, dass wir für die Vorträge Stimmen ausgewählt haben, die in ganz unterschiedlicher Nähe zur epd-Entwicklungspolitik standen – vom Mitglied des wissenschaftlichen Beirats über den langjährigen Redaktionskollegen bis hin zur freien Mitarbeiterin. Einige unserer Referentinnen und Referenten traten dabei in einer Doppelrolle als Zeitzeugen und Wissenschaftler auf. Sie versuchten sich in Selbstreflexion und Selbsthistorisierung gleichermaßen – ein spannendes Experiment!

Der Versuch einer historischen Einordnung und Kontextualisierung des Lebenswerks von Kai Schade bedeutet nicht, dass sein Kernanliegen oder die Themen und Ziele der

Publikation damit der Vergangenheit zugerechnet und damit gleichermaßen erledigt werden sollen. Ganz im Gegenteil: mit welchem lebendigem Esprit die Anliegen und Themen der Zeitschrift „Entwicklungspolitik“ bis heute gelebt werden, durfte ich bei der Organisation dieser Veranstaltung erfahren. Stellvertretend für viele sei Lutz Baehr erwähnt, ein mittlerweile in den USA lebender ehemaliger Kollege von Kai Schade aus dem Montagskreis im BMZ. Er hat für das Symposium einen fünfseitigen Essay ausgearbeitet, in dem er über die gemeinsamen sozialwissenschaftlichen Studienjahre in Frankfurt der 1960er Jahre, den Einfluss der kritischen Theorie und die gemeinsame Zeit im Montagskreis des BMZ reflektiert.

Und damit wären wir auch schon bei der Frage, worin genau denn eigentlich das geschichtswissenschaftliche Interesse an Kai Schade und dem Informationsdienst *Entwicklungspolitik* besteht. Die von Lutz Baehr identifizierten, individual- wie kollektivbiographisch prägenden Momente, Ideen und Kontexte legen unter anderem die Frage nahe, inwieweit es sich bei der *epd-Entwicklungspolitik* im Kern um ein Generationenprojekt gehandelt hat. Ein Projekt einer um 1940 geborenen Kohorte, die ihre akademische und überwiegend sozialwissenschaftliche Sozialisation in den 1960er Jahren an Universitäten wie Berlin, Frankfurt oder Marburg erfahren hatte und die im Zuge von Dekolonisierung und Vietnamkrieg die eigene Gesellschaft in Bezug zu setzen suchte zur Pluralität der Welt jenseits der Logiken von Kapitalismus und Westbindung. Die langfristige Prägekraft der Frankfurter Studienjahre schlug sich bei Kai Schade auf jeden Fall nieder in einer lebenslangen Orientierung am Habermas'schen Ideal eines herrschaftsfreien und allgemein zugänglichen Diskurses kritischer Bürgerinnen und Bürger.

Im Folgenden möchte ich vier Themen- und Problemkreise umreißen, aus deren Perspektive mir die *Entwicklungspolitik* ein besonders ergiebiger Untersuchungsgegenstand erscheint: Religion und Gesellschaft, Mediengeschichte, Intellektuellengeschichte sowie die „Entwicklungspolitik“ als ein Medium des Globalen seit 1970.

Zunächst zum Themenfeld Religion und Gesellschaft. Die EP vermittelte: Zwischen kirchlicher und staatlicher Entwicklungspolitik, zwischen Nichtregierungsorganisationen und dem entwicklungspolitischen „Establishment“, zwischen entwicklungsbezogenen Wissenschaften und der konkreten Praxis von Entwicklungsprojekten, und natürlich zwischen Deutschland und sogenannter „Dritter Welt“. Das machte sie in einer vielfältigen entwicklungspolitischen Publikationslandschaft einzigartig, nicht zuletzt aufgrund ihrer spezifischen institutionellen Einbindung. Als die EKD den Informationsdienst 1970 ins Leben rief, war die Redaktion bewusst nicht bei den Organisationen des kirchlichen Entwicklungsdienstes angesiedelt worden. Man wollte ein kritisches Informationsmedium, nicht ein weiteres Organ spendenorientierter Öffentlichkeitsarbeit. Politische Information statt Caritas, *Entwicklungspolitik* anstelle von *Entwicklungshilfe* – der Name der Zeitschrift war Programm.

Naheliegender war die Anbindung beim Evangelischen Pressedienst, zumal angesichts der dort gebündelten Nachrichtenströme und -kompetenz. Allerdings sollte der neue Informationsdienst nicht aus dem Haushalt der epd finanziert werden, sondern aus den Mitteln des kirchlichen Entwicklungsdienstes. Das Resultat war, in den Worten Kai Schades, ein „auf Dauer gestellter Konflikt“: Auf der einen Seite stand der Anspruch auf redaktionelle Unabhängigkeit. Diesen Anspruch gründete die Redaktion seit der Entwicklungsdenkschrift von 1973 auf die dort formulierten Ziele erstens der Erziehung zu „Entwicklungsverantwortung“, zweitens der Aufklärung über Strukturen globaler Interdependenz und drittens einer „Publizistik der Stellvertretung“, die komplementär zu den Schwerpunkten der Massenmedien stimmlosen und marginalisierten Gruppen und Positionen Gehör verschaffen sollte. Der redaktionellen Unabhängigkeit gegenüber standen auf der anderen Seite die auch intern divergierenden Interessen verschiedenster kirchlicher Gruppen und Gremien. Dazu gehörten die Kammer für Entwicklungspolitik, das Gemeinschaftswerk für evangelische Publizistik, der Ausschuss für entwicklungspolitische Bildung und Publizistik die einzelnen Organisationen des kirchlichen Entwicklungsdienstes und mit den Jahren zunehmend auch die epd-

Chefredaktion. Anstelle einer tendenziell „linksintellektuellen“ Publizistik der Stellvertretung, die „extremen entwicklungspolitischen Positionen“ zuneige, hätte man hier in der Publikation lieber das gesamte Spektrum kirchlicher Positionen im Entwicklungsdiskurs abgedeckt gesehen.

Kai Schade und seine Redaktionskollegen erfuhren die komplexe strukturelle Einbindung ihrer Redaktion innerhalb der evangelischen Kirche in erster Linie als dysfunktionale, strukturelle Blockade. Angesichts unzureichender Mittelausstattung, fehlender Korrespondenten und immer wieder ungesicherter Finanzierung war der Informationsdienst im Grunde nur durch perpetuierte Überbelastung zu leisten. Man könnte es auch Selbstaussbeutung in Permanenz nennen. Die EP war ein großes „Trotzdem“. Gleichzeitig zwang diese Situation zu ständiger Offenheit und kreativen Lösungen. Die Redaktion war dauernd auf der Suche nach neuen Beiträgern aus Wissenschaft und Entwicklungspraxis mit nützlichen Kontakten in die „Dritte Welt“ – für viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurde die EP zu einem Experimentierfeld für ihre Themen und Perspektiven. Man war thematisch innovativ und entwickelte früh ein ausgeprägtes Sensorium für Zukunftsthemen wie die Umweltproblematik. Auch der Import kritischer Perspektiven aus der Dritten Welt in Form von Karikaturen gehört zu den kreativen Antworten. Ihre Integration lässt sich als emanzipatorischer Akt seitens der Künstler, aber auch als bissig-sarkastischer Kommentar der Redaktion zu den je behandelten Themen verstehen. Schließlich bot die Zeitschrift als Reaktion auf die Kritik eines „zu wenig“ an kirchlichen Positionen immer wieder auch eine Plattform für theologische Perspektiven auf Entwicklung. Vertreter der Befreiungstheologie oder der schwarzen Theologie finden sich ebenso wie deutsche Beiträge zu kontextuellen oder interkulturellen Theologieentwürfen, beispielsweise von Ulrich Duchrow oder Werner Simpfendörfer.

Angesichts der kritischen bis ablehnenden Haltung in den leitenden Gremien der evangelischen Kirche sah sich die Redaktion, durchaus zurecht, als Feigenblatt und Alibi, das ein kritisches kirchliches Engagement mit der Entwicklungsproblematik lediglich vorspiegeln sollte. Gleichwohl waren es die christlichen Kirchen, die der

bundesrepublikanischen Gesellschaft einmal mehr in einem ethisch relevanten Politikfeld ein zentrales Reflexionsmedium zur Verfügung stellten. Was im Medienbereich Dienste wie die *Funk-Korrespondenz*, *Kirche und Fernsehen* oder die Zeitschrift *medium* leisteten, leistete die EP im Bereich Entwicklung und internationaler Zusammenarbeit. In der historisierenden Rückschau erscheinen Publikation und Redaktion vor allem auch deshalb als hochinteressantes Untersuchungsfeld, weil sich hier Kirche und Gesellschaft auf eine kaum entflechtbare Art und Weise durchdringen. Diese Durchdringung geht bis hinein in den Bereich der religiösen und säkularen Semantiken zentraler Begriffe wie „Entwicklung“, „Frieden“ oder „Gerechtigkeit“.

Auch in den kritischen Gremien des übergeordneten Gemeinschaftswerkes der evangelischen Publizistik erkannte man sehr wohl, dass durch „die Integration des Informationsdienstes epd-Entwicklungspolitik in eine Presseagentur, ein in der Bundesrepublik einzigartiges entwicklungspolitisches Angebot“ entstanden war. „Dem epd insgesamt und damit auch der EKD“ werde damit „ein entwicklungspolitisch besonders interessierter und unentbehrlicher Adressatenkreis auch im säkularen Bereich erschlossen. Nachweislich ist so epd-Entwicklungspolitik zu dem wichtigsten kontinuierlichen Transmissionsmedium der entwicklungspolitischen Ziele der EKD und der Ökumene in unserer gesamten Gesellschaft geworden“ – so der Befund eines GEP-Arbeitsausschusses, der sich 1981 kritisch mit Inhalt und Resonanz des Informationsdienstes auseinandersetzte.

Tatsächlich importierte die Redaktion mit ihren Kontakten in die Entwicklungsszene und zu Nichtregierungsorganisationen außerkirchliches Wissen und Positionen in den innerkirchlichen Diskussionsraum und erschloss diese wiederum der Kirche als Adressaten und Gesprächspartner. Umgekehrt profitierte die Redaktion durch die Einbindung in den epd vom moralischen Kapital, der Reputation und den Nachrichtenwegen einer kirchlichen Nachrichtenagentur. Das verschaffte ihr innerhalb der Dritte-Welt-Publizistik eine einzigartige Artikulationsposition. Es entbehrt daher nicht einer gewissen Tragik, dass aufgrund des strukturellen Dauerkonfliktes beide Seiten über die Jahre aus dem Blick verloren, was sie eigentlich aneinander hatten.

Die zweite, historiographisch relevante Perspektive ist die Mediengeschichte. Der Informationsdienst EP ist ein Untersuchungsgegenstand von medienhistorischer Relevanz. Dieses Postulat bedeutet, ein Medium zu rehabilitieren, das in der Forschung bislang weitgehend übersehen oder lediglich als Informationssteinbruch genutzt wurde. Wer sich wissenschaftlich für die Dritte-Welt-Bewegung oder die Herstellung von Gegenöffentlichkeit interessierte, griff lediglich zu grauer Literatur oder den Organen der Alternativpresse, nicht aber zu einer offiziell daherkommenden Publikation aus dem evangelischen Pressedienst. Die religionsgeschichtliche Forschung zur Entdeckung der Dritten Welt durch die Kirchen wiederum entbehrte bislang einer eingehenden Problematisierung der medialen Dimensionen dieser Fernbeziehung.

Auch aus Perspektive der Mediengeschichte ist die Publikation vor allem deshalb interessant, weil sie sich einer eindeutigen Zuordnung verweigert. Handelte es sich bei der EP um einen Dienst, der einer Nachrichtenagentur gemäß primär Nachrichten an andere Medien absetzte? Oder war es eine Zeitschrift, die sich mit Analysen und Hintergrundberichten auch an Endverbraucher richtete? Praktiziert wurde lange beides. Die Rubriken Information, Analyse und Meinungsbeiträge sowie Service und Dokumentation belegen dies, und in praktisch jedem Gutachten wurde diese Uneindeutigkeit als die Arbeit erschwerendes Defizit angesprochen. Unentschieden war die EP auch im Hinblick auf den in ihr praktizierten Journalismus, der zwischen Agentur und Anwaltschaft changierte. Umstritten blieb auch die Zielgruppe. Die ursprüngliche Absicht einer breiten Bewußtseinsbildung auch an der Basis der Kirchengemeinden wurde von der Redaktion schnell aufgegeben. Stattdessen konzentrierte man sich auf eine entwicklungspolitisch hochgradig involvierte Klientel von Entscheidern in Staat und Kirche sowie Multiplikatoren in Medien, Forschung, Unterricht und Erwachsenenbildung. Für die Information breiter Kreise sorgten eigene Materialbände sowie die pädagogisch aufbereiteten Themenhefte der ebenfalls von der Redaktion verantworteten *Dritte-Welt-Informationen*. Die eine Auflage von wenigen tausend Exemplaren nicht übersteigende EP wandte sich an einen durchaus elitären Adressatenkreis, der einer Leserumfrage von 1992 zufolge zu 90% über einen Hochschulabschluss verfügte.

Medienhistorisch relevant ist die EP auch, weil sie bereits ab 1970 jenen ausgewogeneren Informationsfluss zwischen Nord- und Südhalbkugel zu praktizieren versuchte, der wenige Jahre später insbesondere von den blockfreien Staaten im Kontext der Debatten über eine Neue Weltinformations- und kommunikationsordnung gefordert wurde. Wie sich so ein Anspruch praktisch umsetzen ließ, welche Informationsquellen und welche Netzwerke von der Redaktion mobilisiert wurden, um zunächst monatlich, später alle zwei Wochen Wesentliches über die „Dritte Welt“ zu berichten, darüber wissen wir noch viel zu wenig. Mittelfristig wäre dazu eine datenbankgestützte Analyse des Namensregisters der einzelnen Jahrgänge notwendig.

Das dritte Themenfeld ist die deutschsprachige Intellektuellengeschichte jenseits der Verwestlichung. Auch hierfür ist die EP eine vorzügliche Quelle. Wie der Publizist Walter Dirks anno 1976 in seiner Laudatio auf die ersten Träger des Journalistenpreises Entwicklungspolitik feststellte, habe die gesellschaftliche Westorientierung der Bundesrepublik seit 1945 zu einem journalistischen Provinzialismus und einer Isolierung des öffentlichen Bewußtseins im Hinblick auf andere Weltgegenden geführt. Auch die Vietnam-Begeisterung der Studentenbewegung lässt sich als wesentlich anti-amerikanischer Effekt noch als Ausdruck und gleichzeitig erste Absetzbewegung von dieser intellektuellen Westorientierung interpretieren. Die um 1970 ubiquitäre Rede von „Bewusstseinsbildung“ und damit verbundenen Lernprozessen über die Befindlichkeiten der Dritten Welt sind ein starkes Indiz dafür, wie sehr der entwicklungspolitische Aufbruch auch als intellektueller Aufbruch begriffen wurde, der wesentlich auch von der produktiven Aneignung außereuropäischer Perspektiven lebte. Der Begriff der Bewußtseinsbildung selbst wurde beispielsweise bald mit Elementen der Befreiungspädagogik Paulo Freires angereichert, und in durchaus programmatischer Weise entschieden sich Kai Schade und Heiner Rudersdorf 1976 dafür, im Textband zur Verleihung des Journalistenpreises kein Editorial oder einen anderen Text aus eigener Feder abzudrucken, Stattdessen wählten sie einen in ihrer Zeitschrift veröffentlichten Beitrag des pakistanischen Ökonomen Mahbub ul Haq. Zweifelsohne fungierte die Redaktion als selektierender „Gatekeeper“ dieser außereuropäischen Perspektiven. Dabei

dienten die konkret ausgewählten Stimmen durchaus auch, um auf eine Formulierung von Wolfgang Gern zurückzugreifen, zur „Selbstbestätigung mit Hilfe des anderen“. Aber nicht nur und nicht in erster Linie: Das Bemühen um die Perspektive und das Verstehen des Anderen war genuin und elementarer Bestandteil des angestrebten offenen Diskurses über Entwicklung.

Damit komme ich zum vierten und letzten Themenfeld. Die *Entwicklungspolitik* war ein Medium des Globalen und der Kosmopolitisierung des entwicklungspolitischen Bewusstseins. In einem der vielen Gutachten, die der Redaktion die zukünftige Finanzierung sicherten, bezeichnete Ansgar Skriver den Informationsdienst im Mai 1978 als ein „hochrangige[s] zeit-, problem- und diskussionsgeschichtliche[s] Kompendium der Entwicklungspolitik“. Blättert man heute, weit über ein Vierteljahrhundert später, durch die einzelnen Ausgaben, findet man ein Kompendium der Kernthemen gegenwärtiger Globalisierungskritik. Für deren Genese ist die Zeitschrift eine ebenso wertvolle Quelle wie für die Transformation der Dritten Welt zum globalen Süden. Der Streit um das Anti-Rassismus-Programm der Ökumene, die Apartheidskonflikte in Südafrika und Namibia, UNCTAD, internationale Arbeitsteilung und globale Interdependenzen des Welthandels, Waffenexporte in Krisengebiete und das Agieren multinationaler Konzerne, Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit, die Zusammenhänge von Emanzipation und Gewalt oder von Entwicklung und Umwelt, die kritische Reflexion humanitärer Hilfe – das alles und noch viel mehr fand Eingang in die EP. Wo möglich, wurde es in kritischem Bezug auf gesellschaftliche Strukturen und alltägliches Verhalten hierzulande bezogen. Rassismus wurde beispielsweise nicht nur am Beispiel der Apartheid diskutiert, sondern auch im Hinblick auf Gastarbeiter, Arbeitsmigration, Asyl und den Umgang mit Fremdheit in der Bundesrepublik. Das Verständnis von „Entwicklung“ war breit und es setzte beim individuellen Verhalten hierzulande an.

Die EP griff verschiedene zeitgenössische Formeln eines neuartigen Bezuges von Gesellschaft, bzw. Individuum und Welt auf und füllte sie alle zwei Wochen mit ganz konkreten Inhalten. Dazu gehörten die ökumenische Formel christlicher „Weltverantwortung“ in der „Einen Welt“, die aus Dependenz- und Weltsystemtheorien

gespeiste Überzeugung von „globalen Interdependenzen“ und der fatalen Abhängigkeit der Peripherie, aber auch die aus dem Umweltdiskurs stammende Einsicht in die „Grenzen des Wachstums“ auf einem finiten blauen Planeten. Gleichzeitig war die EP ein „globales“ Medium. Ihr Weltbezug hatte feste Wurzeln in Frankfurt und der entwicklungspolitischen „Szene“ und Institutionenlandschaft in der Region, beispielsweise in der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

In der Forschung ist mit Blick auf die 1970er Jahre gerne von einem Krisenjahrzehnt oder von der schockartigen Einsicht in globale Verflechtungen die Rede. Das Symposium befasste sich mit einem Medium, das diesen Schock als Auftrag zur Erziehung eines kritischen entwicklungspolitischen Weltbürgertums begriff. Dieses entwicklungspolitische Weltbürgertum war gleichermaßen Zielutopie wie die mit Leidenschaft und Hingabe gelebte Praxis ihres langjährigen verantwortlichen Redakteurs. Ganz in diesem Sinne erbrachte das Symposium interessante Begegnungen, angeregte Diskussionen und einen respektvollen, kritischen und offenen Diskurs über „christliche Publizistik und entwicklungspolitisches Bewusstsein“.